

**DEPARTEMENT  
VOLKSWIRTSCHAFT UND INNERES**

**FRAGEBOGEN-AUSZUG**

**Verfassung des Kantons Aargau; Gesetz über die Organisation des Grossen Rates und über den Verkehr zwischen dem Grossen Rat, dem Regierungsrat und der Justizleitung (Geschäftsverkehrsgesetz, GVG); Änderung**

---

**Details**

Datum des Auszugs

17.12.2020 09:44

---

## FRAGEBOGEN ZUR ANHÖRUNG

Verfassung des Kantons Aargau; Gesetz über die Organisation des Grossen Rates und über den Verkehr zwischen dem Grossen Rat, dem Regierungsrat und der Justizleitung (Geschäftsverkehrsgesetz, GVG); Änderung

### Anhörungsdauer

Die Anhörung dauert vom 25.09.2020 bis 31.12.2020.

### Inhalt

Die vorliegende Revision beinhaltet im Wesentlichen zwei Themen: Einerseits soll neu die Möglichkeit einer Vertretung von Parlamentsmitgliedern auf Kantonsebene bei deren längerfristiger Abwesenheit geschaffen werden. Andererseits sollen differenziertere Regelungen für die Behandlung und Erledigung überwiesener parlamentarischer Vorstösse im Grossen Rat erlassen werden.

Die vollständigen Unterlagen zur Vorlage und zur Anhörung sind zu finden unter [www.ag.ch/anhörungen](http://www.ag.ch/anhörungen).

### Auskunftsperson

Bei inhaltlichen Fragen zur Anhörung können Sie sich an die folgende Stelle wenden:

#### **KANTON AARGAU**

#### **Departement Volkswirtschaft und Inneres**

Frank Klein

Leiter Rechtsdienst

Generalsekretariat

062 835 14 12

[frank.klein@ag.ch](mailto:frank.klein@ag.ch)

Besten Dank für Ihre Mitarbeit. Mit einem Klick auf die Schaltfläche "Weiter" gelangen Sie auf die nächste Seite.

## Hinweise zur Beantwortung des Anhörungsfragebogens

- **Navigieren:** Während der Beantwortung können Sie vorwärts und zurück navigieren.
- **Zwischenspeichern:** Sie können das Ausarbeiten Ihrer Antworten während der Anhörungsfrist jederzeit unterbrechen und zu einem späteren Zeitpunkt fortfahren. Betätigen Sie dazu den am Ende jeder Seite im Anhörungsfragebogen platzierten Hinweis "Zwischenspeichern" und folgen Sie den Anweisungen.
- **Gemeinsames Bearbeiten:** Wenn Sie im Namen einer Organisation an der Anhörung teilnehmen, haben Sie die Möglichkeit, dass mehrere Personen an der Beantwortung des Anhörungsfragebogens arbeiten können. Voraussetzung dafür ist, dass alle betroffenen Personen teil des gleichen "Organisationskontos" in "Mein Konto" sind.
- **Abschliessen:** Wenn Sie den Anhörungsfragebogen fertig beantwortet haben und ihn einreichen, werden Ihre Antworten im Anschluss automatisch in "Mein Konto" -> "Meine Dienstleistungen" -> "eAnhörungen" bei der entsprechenden Anhörung abgelegt. Dort haben Sie unter der entsprechenden Anhörungsvorlage jederzeit Zugriff und können – wenn gewünscht – das Dokument mit Ihren Antworten herunterladen und lokal abspeichern.

## Angaben zur Ihrer Stellungname

### Sie nehmen an dieser Anhörung im Namen einer Organisation teil.

Wenn Ihnen unten bereits Daten angezeigt werden, sind Ihre Angaben bereits hinterlegt. Sie können die Daten bei Bedarf überschreiben und so die Angaben korrigieren. Wichtig: Wenn Sie bspw. die E-Mail-Adresse ändern, wird fortan die neue von Ihnen notierte E-Mail-Adresse für den E-Mail-Versand für sämtliche Anhörungseinladungen verwendet!

Wenn Ihnen noch keine Angaben angezeigt werden, geben Sie bitte unten Ihre entsprechenden Kontaktdaten ein. Die notierten Angaben werden hinterlegt und Ihnen in weiteren Teilnahmen an eAnhörungen automatisch angezeigt.

### Adressblock - Ihre Angaben

Name der Organisation	FDP.Die Liberalen Aargau
E-Mail	info@fdp-ag.ch

### Zuständige Person bei inhaltlichen Rückfragen

*Bitte notieren*

Vorname	Herbert H.
Nachname	Scholl
E-Mail	scholl@slp.ch

## Fragen zur Anhörung

### Frage 1

Sind Sie grundsätzlich mit der Einführung einer Vertretungsregelung für die Mitglieder des Grossen Rates einverstanden?

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- ja
- ja, mit Vorbehalt
- nein
- keine Angabe

Bemerkungen:

### Frage 2

Sind Sie damit einverstanden, dass die Auswahl der Vertretung im Grundsatz nach den Regeln über das Nachrücken bestimmt wird?

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen:

**Frage 3**

Sind Sie damit einverstanden, dass die Vertretung nur aus bestimmten, abschliessend festgelegten Gründen zulässig sein soll?

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- ja
- ja, mit Vorbehalt
- nein
- keine Angabe

Bemerkungen:

**Frage 4**

Sind Sie mit der Minimaldauer der Vertretung von drei Monaten einverstanden?

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- ja
- ja, mit Vorbehalt
- nein
- keine Angabe

Bemerkungen:

**Frage 5**

Sind Sie mit der Maximaldauer der Vertretung von einem Jahr einverstanden?

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- ja
- ja, mit Vorbehalt
- nein
- keine Angabe

Bemerkungen:

**Frage 6**

Sind Sie damit einverstanden, dass die längerfristig verhinderte Person frei über die Bestellung einer Vertretung entscheiden kann?

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- ja
- ja, mit Vorbehalt
- nein
- keine Angabe

Bemerkungen:

**Frage 7**

Sind Sie damit einverstanden, dass auf eine Vertretungsregelung für die Mitglieder der Einwohnerräte verzichtet wird?

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- ja
- ja, mit Vorbehalt
- nein
- keine Angabe

Bemerkungen:

**Frage 8**

Falls Sie demgegenüber die Einführung einer Vertretungslösung für die Mitglieder der Einwohnerräte befürworten: Sind Sie mit der im Anhörungsbericht aufgezeigten Lösungsvariante einverstanden?

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- ja
- ja, mit Vorbehalt
- nein
- keine Angabe

Bemerkungen:

**Frage 9**

Sofern für die Umsetzung eines parlamentarischen Vorstosses ein formeller Rechtsetzungsprozess notwendig ist: Sind Sie mit dem Zeitpunkt der Vorlage der regierungsrätlichen Botschaft an den Grossen Rat für die 1. Lesung (respektive im Fall eines Dekrets für die einzige Lesung) als Erledigungszeitpunkt einverstanden?

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- ja
- ja, mit Vorbehalt
- nein
- keine Angabe

Bemerkungen:

**Frage 10**

Sind Sie mit der Verkürzung der Erledigungsfrist bei parlamentarischen Vorstößen, für welche kein formeller Rechtsetzungsprozess für die Umsetzung notwendig ist, von drei auf zwei Jahren einverstanden?

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- ja
- ja, mit Vorbehalt
- nein
- keine Angabe

Bemerkungen:

Wichtig ist für uns der neue § 42 Abs. 4: "Kann der Regierungsrat diese Fristen nicht einhalten, hat er dies zu begründen und neue Fristen für die Erledigung vorzuschlagen."

**Frage 11**

Sind Sie damit einverstanden, dass die Erledigungsfrist bei parlamentarischen Vorstößen, für welche ein ordentliches Gesetzgebungsverfahren für die Umsetzung notwendig ist, bei drei Jahren belassen wird?

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- ja
- ja, mit Vorbehalt
- nein
- keine Angabe

Bemerkungen:

Siehe auch Bemerkung zu Frage 10.

### Frage 12

Begrüssen Sie die Verbesserung der Transparenz bei der Kommunikation überfälliger parlamentarischer Vorstösse und beim digitalen Zugang zur Geschäftsdatenbank des Grossen Rats?

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- ja
- ja, mit Vorbehalt
- nein
- keine Angabe

Bemerkungen:

Wir lehnen den neu vorgeschlagenen § 42 Abs. 3 bis ab, wonach überwiesene parlamentarische Vorstösse, die zur Umsetzung eine Verfassungs- oder Gesetzesänderung erfordern, bereits mit der Vorlage der Botschaft zu ersten Beratung im Grossen Rat als erledigt gelten. Solche Vorstösse sollen grundsätzlich mit der zweiten Beratung abgeschrieben werden, da erst dann über deren Umsetzung Klarheit besteht. Falls der Grosse Rat in erster oder zweiter Beratung auf eine Vorlage nicht eintritt, sollen aber auch die entsprechenden parlamentarischen Vorstösse als erledigt abgeschrieben werden. Mögliche Formulierung von § 42 Abs. 3 bis: "Überwiesene parlamentarische Vorstösse, die zur Umsetzung eine Verfassungs- oder Gesetzesänderung erfordern, werden grundsätzlich im Zusammenhang mit der Schlussabstimmung nach der zweiten Beratung abgeschrieben. Falls der Grosse Rat auf eine Vorlage in erster oder zweiter Beratung nicht eintritt, gelten die entsprechenden parlamentarischen Vorstösse als erledigt." Wichtig für eine verbesserte Transparenz ist, dass eine digital zugängliche Datenbank für alle Mitglieder des Grossen Rats erstellt wird. Sie muss laufend aktualisiert werden. Ebenso wichtig ist, dass die Abläufe vollständig digitalisiert werden und einsehbar sind. Der jeweils aktuelle Text und Status kann in den Jahresbericht des Regierungsrats übernommen werden.

## Schlussbemerkungen